

## Powerpoint-Profis mit Kurzzeitgedächtnis

Der Masterstudiengang „Public History“ soll moderne Geschichtsvermittler ausbilden – ohne Kernkompetenzen wie Recherche und Quellenkritik

In seiner Jenaer Antrittsvorlesung aus dem Jahr 1789 stellt Friedrich Schiller den „Universalhistoriker“ noch als Inbegriff des idealen Gelehrten vor. Dieser philosophische Kopf scheint nun von einem ganz neuen Typus des Brotgelehrten abgelöst zu werden, dem sogenannten „Öffentlichkeitshistoriker“. An der Freien Universität Berlin läuft nun ein neuer Masterstudiengang an, der den Titel „Public History“ trägt; er soll Experten für die öffentliche Kommunikation von Geschichte ausbilden – wenn alles nach Plan verläuft, werden 2010 die ersten 20 auf Fragen der Vergangenheit spezialisierten PR-Agenten auf dem Arbeitsmarkt angekommen sein.

Volkswirtschaftlich gesehen wird damit auf die seit Mitte der achtziger Jahre sprunghaft gestiegene Nachfrage nach professioneller Geschichtsaufbereitung reagiert. Sie geht einerseits von jüngeren Großprojekten unter staatlicher Schirmherrschaft aus, andererseits von privaten Initiativen zur Entwicklung eigener Betriebs- und Firmengeschichten. Ein „public historian“ soll bestenfalls beides bedienen können; vor allem den öffentlichen Sektor – geplant ist etwa eine projektorientierte Kooperation mit dem Deutschen Historischen Museum Berlin

–, aber auch die Privatwirtschaft, und nicht zuletzt all die Medien, die dazwischen stehen. Schließlich soll er einmal arbeiten als Programmierer historischer Homepages, Ausstellungskurator, „Kalendarblatt“-Autor, Produzent geschichtlicher Doku-Soaps oder Gründer eines Verlags für geschichtswissenschaftliche Sachbücher.

Die theoretische Rechtfertigung für diesen starken Praxisbezug liefert der Berliner Historiker Paul Nolte, der das Programm gemeinsam mit dem Potsdamer Zeithistoriker Martin Sabrow entwickelt hat, in einem jüngst erschienenen Aufsatz zur „Neuen Nähe von Fachwissenschaft, Massenmedien und Publikum“. Verwiesen wird dabei auf den Paradigmenwechsel, der sich Anfang der neunziger Jahre in der Forschung vollzogen haben soll: Spätestens mit der Rezeption der Erinnerungskonzepte von Jan und Aleida Assmann sei die Geschichtswissenschaft „Vergangenheits-“ zur „Gedächtniswissenschaft“ geworden, die sich weniger für ein historisches Ding, als vielmehr für die Formen interessiert, durch die es sprachlich, räumlich oder bildlich vergegenwärtigt werden kann.

So überzeugend dieser konstruktivistische Zugriff auch klingen mag – die Be-

fürchtung, dass im neuen Studiengang die fachwissenschaftliche Qualifikation zu kurz kommt, kann er kaum entkräften. So sind nur zwei der sieben Module, die im Lauf des zweijährigen Ausbildungsparcours absolviert werden sollen, einem geschichtlichen Gegenstand im engeren Sinn gewidmet.

### NS und DDR, das reicht

Für das erste Semester ist unter dem Titel „Themenfelder und Kontroversen der Modernen Geschichte“ etwa eine Veranstaltung bei Paul Nolte zur Erinnerungskultur der BRD angekündigt, die sich auf die memoriale Nachgeschichte des NS-Regimes konzentrieren soll. Nicht unwahrscheinlich ist es, dass das zweite streng historische Modul, „Medien, Kommunikation und Öffentlichkeit in historischer Perspektive“, Martin Sabrows Forschungsschwerpunkt behandeln wird, nämlich das Verhältnis von staatlichem, gesellschaftlichem und wissenschaftlichem Geschichtsdiskurs in der DDR.

Ein „public historian“ könnte sich in seinem Studium also ausschließlich mit zwei Epochen beschäftigen haben: NS und DDR, und dies wiederum nur aus der Perspektive einer späteren Epoche. Man soll-

te den Magister in Geschichte sicher nicht verklären – aber immerhin übergang er nicht das 19. Jahrhundert.

Fragwürdig ist auch eine zweite methodische Vorentscheidung des neuen Programms. Denn zwar lässt sich kaum bestreiten, dass die Geschichte des 20. Jahrhunderts, zu deren Grunderfahrungen Gewalt, Krieg und Vertreibung gehören, in eine agonale Richtung verlaufen ist und vor allem in Deutschland immer wieder auf polemische Weise verhandelt wurde, vom Historikerstreit bis zur Goldhagen-Affäre. Aber ob es deshalb sinnvoll ist, Zeitgeschichte stets als Streitgeschichte zu perspektivieren, wie in genanntem Modul zu den „Kontroversen“? Sicher kann man viel über die Funktion eines kulturellen Gedächtnisses erfahren, wenn man fragt, wie es Widersprüche auflöst – ob im Sinne eines verordneten Scheinkonsenses wie in der DDR-Historiographie oder durch medial lancierte Skandale wie in der BRD-Öffentlichkeit. Vergessen werden sollte aber nicht, dass eine der wichtigsten Aufgaben des gegenwärtigen Historikers gerade darin bestehen sollte, der Skandalisierung von Geschichte entgegenzuwirken.

Dies kann er letztlich nur, wenn er an einem objektiven Wahrheitsbegriff fest-

hält, den andere Geisteswissenschaften längst verabschiedet haben: Indem er etwa mit dem Vorsatz ins Archiv geht, dort eine Quelle auszugraben, die noch kein anderer entdeckt hat, oder neue Akten erschließt. Nur durch die investigative Arbeit des Historikers Stefan Mächler konnte etwa die Affäre um den literarischen Betrüger Benjamin Wilkomirski („Bruchstücke“) detailliert geklärt werden. Gerade die Kernkompetenzen der Recherche und Quellenkritik aber sind nicht vorgelesen im Curriculum der „Public History“; stattdessen soll etwa eine andere Schlüsselqualifikation vermittelt werden, die „computergestützte Erforschung und Vermittlung von Geschichte“; dahinter verbergen sich Selbstverständlichkeiten wie die Präsentation von Arbeitsergebnissen mit „Powerpoint“ und „Photoshop“. Es steht also zu befürchten, dass sich die neuen Öffentlichkeitshistoriker zwar souverän auf der Oberfläche des „protected mode“ bewegen werden, ihnen der historische Quellcode aber verschlüsselt bleibt.

Hoffen lässt allein die Tatsache, dass die Studenten der „Public History“ anschließend promoviert werden können – voraussichtlich nur in einem alten Fach namens Geschichte. KASPAR RENNER

